

Mehr Arbeitsbelastung für mehr Selbstständigkeit?

Ergebnis einer VLW-Befragung

Im Laufe der vergangenen Jahren wurde in allen deutschen Bundesländern ein Wandel von der reinen Inputsteuerung der staatlichen Schulpolitik zu einer an Ergebnissen orientierten Steuerung mit dem erklärten Ziel der Qualitätsverbesserung eingeläutet.

Dieser Wandel verläuft weder länder einheitlich hinsichtlich der dazu eingesetzten Mittel noch überall im gleichen Tempo. Ähnlichkeiten finden sich aber darin, den Schulen größere Freiheiten einzuräumen und den bisherigen Mittelinstanzen – zwischen Ministerien und Schulen gelagerte Behörden wie Schulaufsichtsämtern oder Bezirksregierungen – eine neue Rolle zu übertragen.

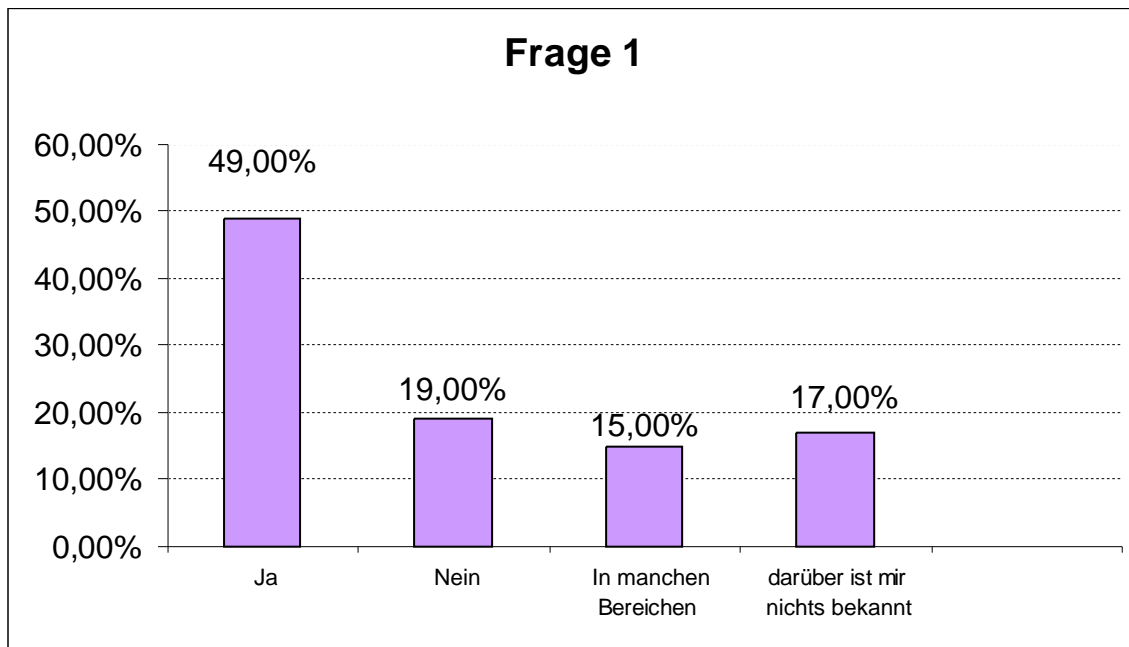
Parallel dazu findet ebenfalls seit Jahren eine Verwaltungsstrukturreform mit dem Ziel der „Verschlankung“ dieser Mittelinstanzen statt, mit dem Ergebnis, dass Aufgaben, die bisher dort übernommen wurden, zum Teil an die Schulen verlagert werden, ohne dass die dort mit den Aufgaben betrauten Personen für diese Verwaltungstätigkeiten ausgebildet oder entlastet würden.

Deshalb haben wir in der Oktoberbefragung diese Problematik thematisiert – einerseits, um ein „bundesdeutsches“ Bild zu erhalten, andererseits um die Einstellung unserer Mitglieder dazu kennen zu lernen.

Frage 1

„In immer mehr Bundesländern wird die ‚Mittlebene‘ der Verwaltungen, also Bezirksregierungen und Schulaufsichtsämter, aufgelöst. Gilt das auch für Ihr Bundesland?“

Die Frage hatte zum Ziel, einen Anhaltspunkt darüber zu gewinnen, in welchem Ausmaß bereits Verwaltungsstrukturreformen zu verzeichnen sind. 49% der Befragten gaben an, dass im eigenen Bundesland Strukturreformen in der Umsetzung begriffen sind, weitere 15% gaben an, dass zumindest in Teilbereichen eine Auflösung der Mittelinstanzen im Gange ist. 19% dagegen sagten, dass es in ihrem Bundesland noch keine derartigen Bestrebungen gebe und weitere 17% meinten, dass ihnen zumindest nichts darüber bekannt sei.

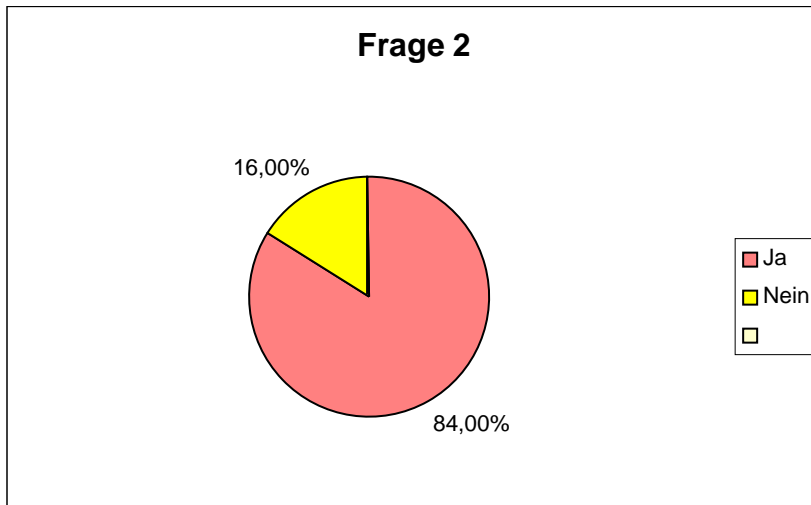


Frage 2

„Die bisher dort geleistete Aufsicht, aber auch Hilfe für Schulen wird unter der Bezeichnung von ‚Eigenverantwortlichkeit‘ oder ‚Selbstständigkeit‘ den einzelnen Schulen übertragen(...). Sind in neuerer Zeit derartige Aufgaben auch an Ihre Schule verlagert worden?“

Diese Frage bezog sich auf die mit dieser Auflösung verbundene Verlagerung von Aufgaben an die Schulen. Es ist nämlich, wie oben bereits ausgeführt, deutlich festzustellen (Ein Schelm, wer Böses dabei denkt!), dass fast parallel zu der „Verschlankung“ der Verwaltungsinstanzen an Schulen ein anderer Prozess in Gang gesetzt wurde, genannt „vermehrte Eigenverantwortung“ oder „Selbstständigkeit“. Dieser Prozess ist an sich unter einem ganz anderen Gesichtspunkt zu bewerten, denn hier ist die Stoßrichtung erklärtermaßen die Verbesserung schulischer Qualität. Einerseits bedeutete bisher an mehreren Stellen diese vermehrte Eigenverantwortung tatsächlich eine Übertragung von Rechten an die Schulen, z. B. die Durchführung von Einstellungen, Versetzungen und Beförderungen. Andererseits wurden auch die damit verbundenen Verwaltungsaufgaben übertragen, in der Regel als zusätzliche Aufgabe des Schulleiters/der Schulleiterin, ohne eine entsprechende Ausbildung, fundierte Fortbildung, rechtliche Absicherung und ohne das im Hintergrund benötigte Verwaltungspersonal.

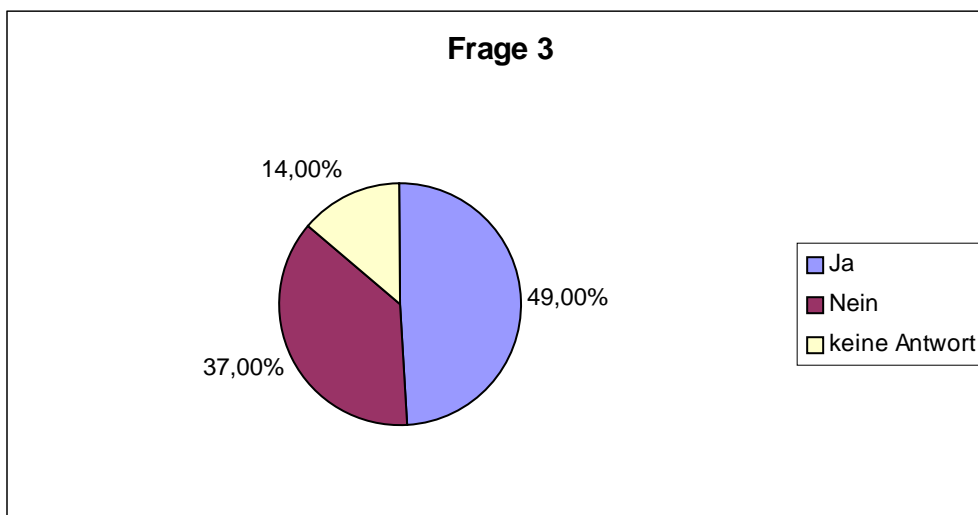
Ob eine derartige Aufgabenverlagerung auch an ihrer Schule stattgefunden habe, beantworteten 84% der Befragten mit „Ja“. Nur 16% sahen keine Verlagerung von Aufgaben.



Frage 3

„Wenn ja, sind Sie persönlich von dieser Verlagerung betroffen?“

Von den 84% sagten wiederum 49% auf die Frage 3, sie seien persönlich von der Verlagerung betroffen. 37% gaben an, nicht selbst betroffen zu sein, und 14% antworteten hier nicht.

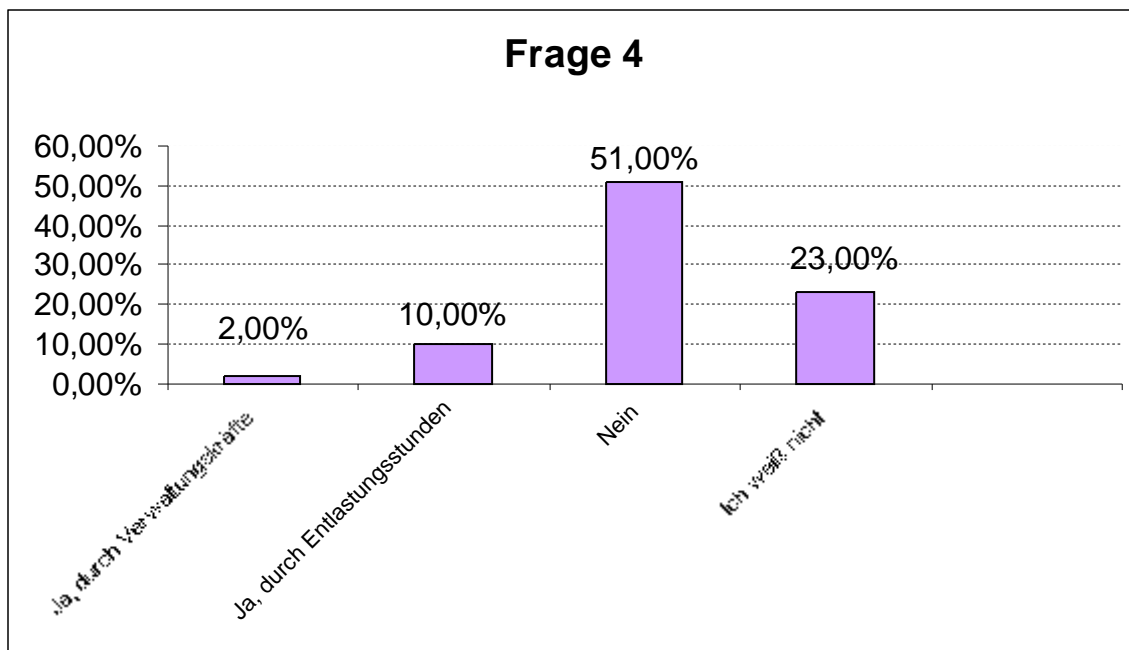


Frage 4

„Hat Ihre Schule für die zusätzliche Arbeit Entlastung erfahren?“

Auf diese Frage, ob denn für die übertragenen Aufgaben auch eine Entlastung erfolgt sei, antworteten 2%, dass durch Verwaltungskräfte Arbeitserleichterung gegeben sei. 10% bestätigten, dass die Schule eine Entlastung durch „Topfstunden“ erfahren habe. Mehr als die Hälfte (51%) der Befragten gaben aber an, dass die Schulen in keiner Weise Entlastung erfahren haben. Interessant ist auch die hohe Anzahl der Befragten, die hier „Weiß nicht“

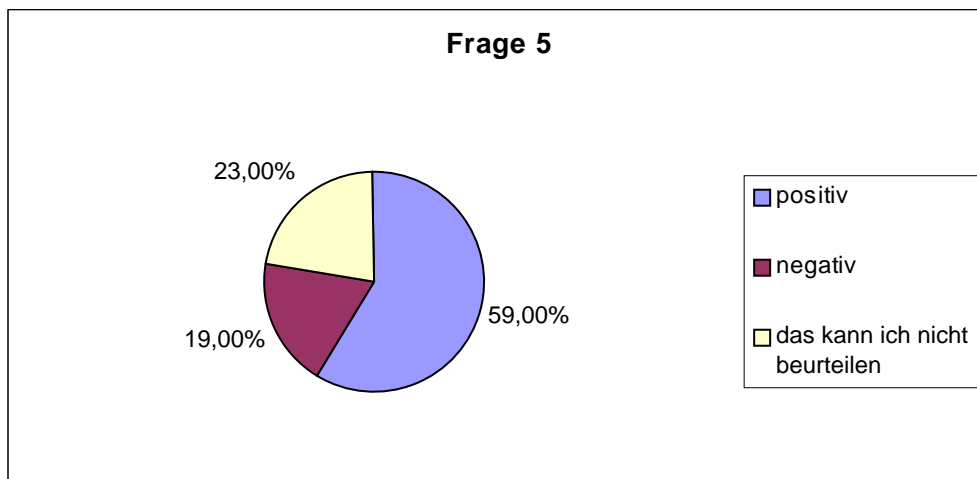
ankreuzte (23%). Dies lässt vermuten, dass die Transparenz hinsichtlich der Übertragung und der damit einhergehenden Entlastung noch nicht alle schulischen Ebenen erreicht hat.



Die **letzte Frage** schließlich war aus Verbandssicht die interessanteste, denn hier sollte ein Meinungsbild zeigen, wie der Prozess der Übertragung von Aufgaben an die Schulen mit Verbesserung der Einflussmöglichkeiten von den Kolleginnen und Kollegen bewertet wird.

Frage 5

„Empfinden Sie die Übertragung von Aufgaben an die Schule, wo die Probleme direkt gelöst werden können, als...?“



59% finden es positiv, dass Schulen die direkte Einflussmöglichkeit gegeben wird, immerhin noch 19% sagen aber, dass sie dies nicht gutheißen. Weitere 23% wollten sich dazu kein Urteil erlauben.

Die Antworten zeigen insgesamt, dass trotz einer erhöhten Arbeitsbelastung viele Kolleginnen und Kollegen eine vermehrte Übertragung von Eigenverantwortlichkeit an Schulen begrüßen. Berufliche Schulen sind – wie immer – bereit, Verantwortung auf sich zu nehmen und engagiert neue Aufgaben wahrzunehmen, besonders, wenn sie zur unkomplizierten Lösung von Problemen vor Ort beitragen können. Andererseits müssen noch vorhandene Informationsdefizite behoben und zumindest eine rechtliche Beratung und Absicherung der Entscheidungsträger an den Schulen garantiert werden. Es kann nicht sein, dass trotz Studien zur Lehrerbelastung, die immer wieder gerade den Berufsschullehrerinnen und –lehrern große Belastungspotenziale attestieren, weitere Bürden auferlegt werden.